

# Über den Friedensnobelpreis hinaus

Das norwegische Komitee für den Friedensnobelpreis hat am 9. Oktober 2015 seine diesjährige Auszeichnung dem «Quartett des nationalen Dialogs», einem 2013 auf Initiative des tunesischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gebildeten Zusammenschlusses von zivilgesellschaftlichen Organisationen verliehen. Mit seiner Wahl wollte das Komitee nicht nur die entscheidende Rolle des Quartetts bei der Verhinderung eines Bürgerkriegs in den Jahren 2013/2014 würdigen, sondern das tunesische Volk in seinem Kampf für eine Demokratie ermutigen und auch ein Zeichen für den Arabischen Frühling setzen. Ein Kommentar des Koordinators des Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, der in Tunesien stark engagiert ist.

/ Urs Sekinger, Solifonds /

«Ihr könnt nicht nach Tunis zurückfahren, ohne den Opfern in Thala eure Referenz erwiesen zu haben», beschied uns Rechtsanwalt Ridha Raddaoui in Gafsa, als sich unsere Gewerkschaftsdelegation im März 2011 auf den Weg in die Hauptstadt aufmachte. In Thala, in der bergigen Region zur algerischen Grenze gelegen, waren am 8. Januar 2011 sechs junge Männer, einer davon im Rollstuhl, während Protestaktionen von der örtlichen Polizei erschossen worden. Beim Denkmal für diese Opfer angekommen, waren wir bald von zahlreichen Männern umringt, vornehmlich jüngeren, die uns eindringlich die Ereignisse vom Januar erzählen wollten.

Es war kalt und deshalb schlug jemand vor, die Gespräche im nahegelegenen Lokal des tunesischen Gewerkschaftsbunds UGTT weiterzuführen. Das Büro des Gewerkschaftssekretärs war schnell voll, doch aus seiner Haltung wurde nicht klar, ob er die Inbesitznah-

me seines Lokals begrüßte. Das wiederum kümmerte unsere Gesprächspartner nicht, denn seit dem Aufstand war das UGTT-Lokal zum «revolutionären Raum» geworden.

## Das Gewerkschaftslokal als «revolutionärer Raum»

Viele unserer Gesprächspartner betonten immer wieder, wie wichtig die Lokale der UGTT während des Volksaufstands waren. Sie waren Rückzugsorte vor den Angriffen der Sicherheitskräfte, Diskussionsforen und, wie in Thala, Zentren der lokalen Aufstände. Dabei gab die UGTT kein einheitliches Bild ab. In Gebieten, in denen die regionale UGTT von engagierten GewerkschafterInnen, etwa aus dem Erziehungsbereich, geführt wurde, beteiligte sich die Gewerkschaft aktiv am Aufstand gegen die Diktatur.

An andern Orten, wie in Thala, hielten sich die Funktionäre zurück und wurden vom Volksaufstand überrollt. Andere wiederum folgten dem damaligen nationalen UGTT-Generalsekretär, der bis zum Schluss zu Präsident Ben Ali hielt, und verweigerten sich dem Volksaufstand. Sie wurden mit dem Sturz des Diktators am 11. Januar 2011 hinweggefegt. Es ent-

stand eine erneuerte, dem Volksaufstand verpflichtete UGTT.

## Nationaler Dialog als Ausweg aus der politischen Krise

Die Verpflichtung führte dazu, dass die UGTT unter ihrem neuen Generalsekretär Houcine Abassi Mitte 2013 die Initiative zu einem «nationalen Dialog» ergriff. Tunesien befand sich in einer schweren politischen Krise. Die tunesische Parteitrioika – islamistische Ennahda, sozial-liberale CPR und sozialdemokratische Ettakatol –, seit Ende 2011 an der Macht, zeigte keine Anstalten, die Arbeiten an der neuen Verfassung zum Abschluss zu bringen und allgemeine Wahlen durchzuführen. Nach der Ermordung der beiden linken Politiker und Ennahda-Kritiker Chokri Belaïd (Februar) und Mohamed Brahmi (Juli) kam es zu Protestaktionen im ganzen Land, die Lage war explosiv.

Der UGTT gelang es, den Unternehmerverband UTICA, die Menschenrechtsvereinigung LDTH, unter Ben Ali massiv unterdrückt, und die nationale Anwaltskammer, deren Mitglieder sich oft für die Opfer der Diktatur eingesetzt hatten, wie Rechtsanwalt Raddaoui in Gafsa, zusammenzubringen. Ziel dieses Quartetts, bestehend aus den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen, war es, die politischen Parteien an der Macht sowie die Opposition auf einen demokratischen Übergang zu verpflichten. Der nationale Dialog unter Leitung des Quartetts erreichte schließlich, dass die neue Verfassung am 24. Januar 2014 verabschiedet und Ende 2014 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt wurden.

## Tunesien als Beispiel für andere Länder

Wenn heute Tunesien das einzige Land des arabischen Frühlings ist, in dem demokratische Strukturen geschaffen und ein Bürgerkrieg oder



eine Militärdiktatur verhindert wurden, dann ist das wesentlich diesem nationalen Dialog zu verdanken, angestossen und vorangetrieben durch die UGTT. Dabei konnte sich der Gewerkschaftsbund auf das Vertrauen eines grossen Teils der tunesischen Bevölkerung abstützen, das sich die einzelnen Gewerkschaften durch ihr engagiertes Verhalten in den Zeiten der Volksaufstände geschaffen hatten. Damit hatten sie auch die Möglichkeit, der Demokratie im Land nötigenfalls mittels Mobilisierungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Es ist zu begrüessen, dass der Friedensnobelpreis den vier Organisationen des nationalen Dialogs zugesprochen wurde und darüber hinaus – wie die Vorsitzende des Nobelkomitees herausstrich – als Ermutigung an das tunesische Volk verstanden werden soll, das in einer äusserst schwierigen Situation den nationalen Zusammenhalt und die Demokratie bewahrt habe. Ihrem Wunsch, Tunesien möge als Beispiel für andere Länder dienen, kann nur beiegepfichtet werden.

### Wirtschaftskrise und Perspektivlosigkeit als Zukunftsbedrohung

Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass die grösste Gefahr für Demokratie und Frieden auch in Tunesien von der schwierigen wirtschaftlichen Lage ausgeht. 2008 forderte ein sechsmonatiger Streik der Bevölkerung von Gafsa das Ben-Ali-Regime heraus. Die Menschen protestierten dagegen, dass der einträgliche Phosphatabbau ihnen



Spontane Versammlung im Gewerkschaftslokal der UGTT in Redeyeff, wo 2008 ein sechsmonatiger Streik der Bevölkerung die Ben-Ali-Diktatur herausforderte.

nur Armut und Umweltverschmutzung bringe. Der Aufstand wurde gewaltsam unterdrückt, aber er gilt als Ursprung der Revolution von 2011. Heute ziehen desillusionierte junge Menschen in den Krieg in Syrien. Oder sie verüben Anschläge im eigenen Land: im März gegen BesucherInnen des Bardo-Museums, im Juni auf ein Touristenhotel in Sousse und ganz aktuell Ende November 2015 gegen die Präsidentengarde.

So erfreulich die Verleihung des Friedensnobelpreises an das nationale Quartett und das tunesische Volk gerade angesichts dieser Terrorangriffe ist, die eigentliche Herausforderung für dauerhafte Demokratisierung und Frieden

liegt in der wirtschaftlichen Zukunft des Landes. Schuldendienst, aufgezwungene Strukturanpassungsmassnahmen oder Freihandelsverträge in der Logik der neoliberalen Globalisierung machen aus Tunesien einen wirtschaftlichen Vassallenstaat. In Sonderwirtschaftszonen profitieren Unternehmen von billigen ungeschützten Arbeitskräften. Eine eigenständige, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Entwicklung wird so verhindert. In diesem Sinne ist der diesjährige Friedensnobelpreis Aufforderung und Verpflichtung für uns alle, uns für eine gerechte Wirtschaftspolitik global einzusetzen.

## Tagung 100 Jahre Zimmerwald-Konferenz in Bern

Am 4. und 5. September 2015 fand im Berner Volkshaus eine von der Robert-Grimm-Gesellschaft organisierte Tagung statt, die sich mit der vor hundert Jahren von Grimm in Zimmerwald bei Bern einberufenen Konferenz von sozialistischen Kriegsgegnern auseinandersetzte. Der erste Tag stand ganz im Zeichen verschiedener Referate und Workshops, der zweite bot Politikern wie Gregor Gysi, dem abgetretenen Fraktionsvorsitzenden der deutschen Linken, oder SP-Parteichef Christian Levrat ein Podium für launige Ausführungen.

Der Basler Historiker Bernhard Degen würdigte die Zimmerwalder Konferenz als «einzigem geglückten Versuch, die internationalen Beziehun-

gen unter Sozialisten über die Kriegsfronten hinweg wieder herzustellen». Das war auch bitter nötig, nachdem bei Kriegsausbruch 1914 fast alle sozialistischen Parlamentarier in den jeweiligen Ländern wähten, sich in einem Verteidigungskrieg zu befinden. Die Zimmerwald-Konferenz und die zweite Konferenz Ende April 1916 in Kiental wollten ein Zeichen gegen diesen «Sozialpatriotismus setzen».

Nebenbei war der russische Genosse Lenin in Zimmerwald damit beschäftigt, unter dem Motto «Krieg dem Krie-

ge» die Konferenz mit der Forderung nach einer Revolution gegen Europas Krieg führende Eliten aufzumischen. Wenig Erhellendes zur Geschichte brachten Versuche, Aktualitätsbezüge herzustellen. Die Tagungsleiterin Monika Wicki stellte im Anschluss ans gut besuchte Treffen in Bern unter dem Titel «Gemeinsam für den Frieden» eine Textsammlung zusammen, die nicht nur historische Manifeste gegen den Krieg vor hundert Jahren umfasst, sondern ebenfalls die auch von Friedensorganisationen mitgetragene aktuelle Positionsbestimmung «Gegen Krieg und Gewalt – für Frieden und menschliche Sicherheit» enthält. *pw*

[www.zimmerwald1915.ch](http://www.zimmerwald1915.ch) [www.robertgrimm.ch](http://www.robertgrimm.ch)

